

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
18. August 1916

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zetkin (Zunfts), Wilhelmstraße,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Weg zur Gesundung. — Ein Blatt Geschichte. III. — Notizen-
teil: Für den Frieden. — Sozialistische Frauenbewegung im Aus-
land. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen. — Die
Frau in öffentlichen Ämtern.

Der Weg zur Gesundung.

Der Parteiaussschuß ist im letzten Augenblick vor einem Vorhaben zurückgeschreckt, das in den weitesten Parteikreisen tiefe Aufregung und Erbitterung hervorzurufen geeignet war. Die Abhaltung eines Parteitags unter den heutigen Verhältnissen ist in der Tat eine so bare Unmöglichkeit, daß kein Rütteln und Deuteln etwas daran zu ändern vermag. Dabei denken wir nicht einmal an jenen zweischneidigen Einwand, der gegen die Abhaltung eines Parteitags von manchen Seiten erhoben worden ist, und der auf die gewaltige Anzahl Genossen hinweist, die im Felde stehen. Ohne diese — heißt es — dürfe man von Rechts wegen nichts Entscheidendes unternehmen. Es fragt sich jedoch unseres Erachtens sehr, ob nicht umgekehrt von den aus dem Kriege zurückkehrenden Genossen dieser bittere Vorwurf zu gewärtigen sei: „Wie, ihr habt uns hinaus in Graus und Tod geschickt, ohne zu wissen, wie viele von uns überhaupt zurückkehren, und ihr habt unterdessen nicht einmal das höchste Gut zu hüten verstanden, das wir in der Heimat zurückgelassen haben, unser Werk und unseren Stolz: die Partei. Ihr habt sie Stück um Stück versallen lassen, und nun habt ihr noch ihre Reinigung auf uns abwälzen wollen!“ Wir glauben, dieser Vorwurf würde kein unverdienter sein, und es gibt außer dem angeführten Einwand wahrlich andere Gründe genug, die gegen das Experiment eines Kriegsparteitags sprechen.

Jede gewöhnliche Beratung und Entscheidung einer demokratischen Massenpartei wie die Sozialdemokratie schöpft ihre politische Legitimation und ihr moralisches Gewicht nur aus der öffentlichen Kontrolle sowie aus der Mitwirkung und Unterstützung breiter Kreise des Klassenbewußten Proletariats. Wieviel mehr bedürfte dieser Kontrolle und dieser Unterstützung eine Beratung, die wie der nächste Parteitag über wichtigste Verschiebungen und Entscheidungen im Schoße der Arbeiterbewegung seit fünfzig Jahren zu Gericht zu sitzen und für weitere Jahrzehnte gewissermaßen den Weg festzulegen hätte! Beschlüsse von dieser Tragweite dürfen offenbar nur in vollstem Sonnenlicht gefaßt werden, nach allgemeiner, unbeschränkter Diskussion durch die Parteimitgliedschaften über die Gesamtheit der in Betracht kommenden Probleme, nach reiflichster Sichtung und Prüfung des zu Bergen angewachsenen Materials über die „Durchhaltepolitik“.

Was die Partei war, was sie ist, und was sie werden soll, darüber liegt die Entscheidung nicht bei einigen Duzenden oder selbst Hunderten Funktionären, Parlamentariern und Redakteuren, sondern bei den Massen der organisierten Proletarier und Proletarierinnen, die das Mark der Partei bilden, deren Herzblut den Pulsschlag der Partei regelt. Ehe

nicht diese Hunderttausende in der Lage sind, in großen öffentlichen Versammlungen, eine aus den Banden der Zensur befreite Presse zur Seite, in freiem Wort und freier Schrift ihre Meinung zu bilden und ihr Urteil zu fällen: kann nimmermehr über die Geschicke der Partei irgendeine maßgebende Entscheidung gefällt, können nimmermehr ihrem Tun und Lassen irgendwelche bindende Richtlinien vorgezeichnet werden.

Damit ist auch schon im voraus das Nötige über die Bedeutung jener Parteikonferenz gesagt, die nach dem Beschluß der jüngsten Sitzung des Parteiaussschusses an die Stelle des geplanten Parteitags treten soll. Die Gründe, die geboten, von der Abhaltung eines Parteitags unter den obwaltenden Verhältnissen Abstand zu nehmen, sprechen erst recht dagegen, daß eine unverbindliche Konferenz irgendwelcher Instanzen — denn nur eine solche kommt offenbar bei der gegebenen Sachlage in Betracht — sühnend und wegweisend in den Streit der Geister innerhalb der Gesamtpartei eingreifen würde. So tiefwühlende, elementare Gegensätze, wie sie heute in der Arbeiterbewegung aller Länder zutage treten, lassen sich unter dem Belagerungszustand nun einmal nicht austragen, aber auch ebensowenig durch irgendeinen Machtanspruch der Instanzen bannen und zum Schweigen bringen. Dies mag für gar manche Genossen bitter sein, die haben wie driiben aus der drückenden Luft ungelöster Konflikte zur befreienden Klarheit der Scheidung und Entscheidung sehnlich streben. Allein es gibt Dinge, die man nicht künstlich aus der Welt schaffen kann, auch wenn man sich über sie mit verzweifelter Mute hinwegzusehen versucht. Zu diesen Dingen gehört der demokratische Charakter der Sozialdemokratie, die als Bewegung der Massen nur in der freien Luft eines regen politischen Lebens der Massen normal gedeihen kann.

Ein Blatt Geschichte.

III.

In Whitehall (dem königlichen Palast) war die Aufregung nicht geringer. Der König und die Königin hatten auf diesen Staatsstreich die größten Hoffnungen gesetzt, er hatte seit einiger Zeit in den geheimen häuslichen Beratungen mit ihren ergebensten Günstlingen alle ihre Gedanken beschäftigt, war der Gegenstand aller ihrer Gespräche gewesen. Noch am Morgen hatte Karl, als er von der Königin Abschied nahm, ihr versprochen, daß er in einer Stunde endlich als Herr seines Reiches zurückkehren würde, und die Königin, mit der Uhr in der Hand, die Minuten bis zu seiner Rückkehr gezählt. Alles war gescheitert, und obgleich der König noch auf seiner Absicht beharrte, so geschah es doch, ohne etwas davon zu hoffen, ja selbst ohne zu wissen, wie er sie ausführen sollte. Seine verständigsten Freunde, Falkland, Syde, Colepepper und andere hielten sich, beleidigt und betrübt, fern, und rieten zu nichts. Es wurde eine Proklamation erlassen, wodurch geboten wurde, die Türen zu schließen, und durch welche an

jeden Bürger das Verbot erging, den Angeklagten Zuflucht zu gestatten; aber niemand, selbst am Hofe, täuschte sich über die Macht solcher Befehle. Man wußte recht gut, wo die fünf Parlamentsmitglieder waren, selbst das Haus in Coleman Street, worin sie sich befanden, war bekannt, aber niemand glaubte, daß man bis dorthin dringen könne. Nur Lord Digby wollte durch seine Verwegenheit seine unklugen Ratschläge und die im Augenblick der Anklage im Oberhaus bewiesene Schwäche wieder gutmachen; er erbot sich gegen den König, mit Lunsford und einigen Kavaliere, die Angeklagten persönlich aus ihrem Zufluchtsort zu holen und sie ihm tot oder lebendig zu bringen. Karl wies aber, sei es nun aus einem Überbleibsel von Achtung für die Gesetze oder aus Furchtsamkeit, den Vorschlag zurück und entschloß sich, am folgenden Tage selbst nach der City zu gehen, um feierlich von dem Kommunalrat die Auslieferung der Angeklagten zu verlangen, da er sich schmeichelte, durch seine Gegenwart und gnädigen Worte das Volk, dessen Zorn er nicht vorausgesehen hatte, besänftigen zu können.

Wirklich verließ er (5. Januar 1642) Whitehall gegen zehn Uhr morgens, ohne sich von seiner Garde begleiten zu lassen, wodurch er sein unbedingtes Vertrauen auf die Liebe seiner Untertanen beweisen wollte. Das Volk drängte sich auf den Straßen herbei, welche er durchfuhr, blieb aber kalt und düster und erhob die Stimme nur, um ihn zu beschwören, sich mit seinem Parlament zu vertragen. An einigen Stellen vernahm er drohendes Geschrei; die Worte: „Immunität! Immunität!“ erschallten um ihn her, und ein gewisser Walker warf in seinen Wagen eine Flugschrift unter dem Titel: „Zu deinen Zelten, Israel!“ (Der Empörungsruf der zehn Stämme bei der Trennung von Rehabeam.) In Guildhall (dem Rathhaus) angekommen, verlangte Karl die fünf Mitglieder mit herablassenden milden Worten, indem er zugleich seine Ergebenheit gegen die protestantische Religion und die Aufrichtigkeit seiner Zugeständnisse beteuerte und nur den Gesetzen gemäß zu handeln versprach. Seine Worte wurden nicht mit dem erwarteten Beifall aufgenommen. Der Kommunalrat war ernst und düster wie das Volk. Der König wendete sich zu einem von den Sheriften, wie es hieß, einem eifrigen Presbyterianer, und sagte ihm, daß er bei ihm speisen wolle. Der Sheriff verneigte sich und empfing nach beendigter Sitzung den König glänzend und ehrerbietig in seinem Hause. Bei der Rückkehr nach Whitehall fand Karl aber von der Menge wieder die gleiche Aufnahme und langte verstimmt und niedergeschlagen in seinem Palast an.

Die Kammer hatte sich versammelt, aber sogleich beschloßen, daß sie nicht frei beraten können bei einer so ungeheuren Verletzung ihrer Privilegien, und solange ihr nicht Genugthuung zuteil geworden und sie durch eine Wache für die Zukunft vor dergleichen Gefahren nicht sichergestellt sei. Sie hatte sich auf sechs Tage vertagt. Während ihrer Vertagung hörte sie aber nicht auf zu handeln. Ein mit großer Gewalt bekleideter Ausschuß erhielt den Auftrag, sich in die City zu begeben, eine Untersuchung über das jüngste Attentat anzustellen und im Verein mit den Bürgern, den treuen Freunden des Parlaments, die allgemeine Lage des Reiches, besonders Irlands, in Betracht zu nehmen. Das Komitee installierte sich mit großem Prunk in Guildhall, es wurde dort von einer starken Wache erwartet, eine Deputation des Kommunalrates ging ihm entgegen und stellte ihm alle Kräfte und Dienstleistungen der Bürger zu Gebote. Die Sitzungen des Ausschusses waren so lebhaft wie die der Kammer selbst, jedes Mitglied hatte das Recht, ihnen beizuwohnen. Das Haus, worin die fünf Angeklagten Zuflucht gefunden hatten, war ganz in der Nähe, und es geschah nichts ohne ihr Vorwissen und ihren Rat. Mehrere Male begaben sie sich sogar persönlich zu dem Komitee, und das Volk empfing sie auf dem Wege mit Freudengeschrei und war stolz, seine Vertreter allein zu besitzen und zu bewachen. Mitten in seinem Siege unterhielten geschickte Vorkehrungen seinen Schrecken, um seinen Eifer noch mehr anzufeuern. Mit jedem Tage wurde das Bündnis

zwischen der Kammer und der City inniger, und beide wurden durch gegenseitige Aufmunterungen dreister. Endlich ließ der Ausschuß aus eigener Machtvollkommenheit, und als ob er die Kammer selbst gewesen wäre, das Resultat seiner Untersuchung in einer Erklärung veröffentlichen, und der Kommunalrat richtete an den König eine Petition, worin er sich über die schlechten Ratgeber, Kavaliere, Papisten und den neuen Gouverneur des Towers beklagte, offen die Sache der fünf Mitglieder zur seinigen machte und alle Reformen verlangte, welche die Kammern nur hatten ahnen lassen.

Der König befand sich allein und von seinen redlichsten Anhängern verlassen in Whitehall. Selbst die Kavaliere waren eingeschüchtert und zerstreuten sich oder schwiegen. Er versuchte die Petition des Kommunalrats zu beantworten und von neuem die Verhaftung der Angeklagten zu beschließen. Seine Antworten blieben aber unbeachtet und seine Befehle wirkungslos. Er erfuhr, daß die Kammer in zwei Tagen ihre Sitzungen wieder beginnen und die fünf Mitglieder durch die Milizen, das Volk und selbst die Themsefähren, deren Zuneigung der König bisher zu besitzen geglaubt hatte, feierlich nach Westminster zurückgebracht werden würden. „Wie,“ sagte er ärgerlich, „verlassen mich selbst die Wasserratten?“ Und dieser Ausdruck, der sich bald unter den Schiffen verbreitete, wurde von ihnen als eine Rache fordernde Beleidigung aufgenommen. Verlassen, gedemütigt und aufgereizt von dem allgemeinen Geschrei, das ihn täglich bestürmte, ohne daß sich auch nur eine Stimme zur Zurückweisung erhoben hätte, konnte sich Karl nicht entschließen, den Triumphzug seiner Feinde an seinem Palast vorüberkommen zu sehen.

Die abwechselnd wütende und zitternde Königin beschwor ihn, sich zu entfernen. Royalisten und nach verschiedenen Punkten des Reiches gesendete Boten versprachen ihm anderwärts Kraft und Sicherheit, die in London besiegten Kavaliere prahlten mit ihrem Ansehen in ihren Grafschaften, vom Parlament entfernt war der König frei, aber was konnte das Parlament ohne den König tun? Der Beschluß wurde angenommen, man kam überein, sich zuerst nach Hampton-Court und dann, wenn es nötig sei, noch weiter zu begeben. An die Gouverneure einiger Orte, von deren Ergebenheit man versichert zu sein glaubte, wurden geheime Befehle gesendet; der Graf von Newcastle reiste nach dem Norden ab, wo er überwiegenden Einfluß besaß. Am 10. Januar, dem Tage vor der Rückkehr der Gemeinen, verließ Karl, nur von seiner Gemahlin, seinen Kindern und einigen Dienern begleitet, London und den Whitehallpalast, den er nur wieder durchschreiten sollte, um sich auf das Schafott zu begeben.

Notizenteil.

Für den Frieden.

Friedensaktionen der rumänischen Sozialdemokratie. Den rumänischen Kriegsheeren, die zumeist auf der Seite der Entente stehen, war die russische Offensiv eine willkommene Gelegenheit, das alte Lied anzustimmen, daß jetzt der geeignete Zeitpunkt für Rumänien gekommen sei, in den Krieg einzugreifen. Durch die russische Grenzverletzung geriet die ganze Frage in ein akutes Stadium, und für die Anhänger der Neutralitätspolitik, zumal für die Sozialdemokratie, war es höchste Zeit, gegen die Kriegsheer auf neue öffentlich Front zu machen.

Schon vor dem Russeneinfall vom 13. Juni hatten die Russenfreunde am 8. Juni in Bukarest eine kriegsfreundliche Kundgebung veranstaltet, für die in den Vorstädten Teilnehmer gegen Bezahlung und freien Wein angeworben worden waren. Die Sozialisten gaben die Antwort darauf, indem sie zu einer kriegsfeindlichen Kundgebung am gleichen Tage aufforderten. Der Erfolg war mit ihnen. Hatten die Kriegsheer etwa 3000 Demonstranten zusammengebracht, so musterten die Friedenskämpfer gut die doppelte Zahl. Unter dem Vorsitz des Genossen Marinescu — wie der „Vorwärts“ meldet — wurde zuerst ein herzliches Begrüßungstelegramm an den Genossen Karl Liebknecht abgeschickt, dann sprachen die Genossen Calin, Valianu, Ratoski und Genossin Arbore. Einstimmig gelangte fol-

gende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung verdammt die hinterlistige Politik, die sich zur Mitschuldigen an der Neutralitätsverletzung durch die Jarenarmee gemacht hat und so zum Werkzeug fremder Eroberungspläne herabgesunken ist. Die Versammlung fordert alle Arbeiter und Bürger auf, den Kampf für die Verbilligung der Lebensmittel, für die Sonntagsruhe, für die Lohnerhöhungen, für den Frieden und für die Neutralität und endlich für das allgemeine Wahlrecht mit aller Kraft zu führen.“

Seit dem Russeneinfall verging kaum ein Tag, wo nicht gleichzeitig in mehreren Städten Kundgebungen der Sozialdemokratie gegen den Krieg und die Lebensmittelnot stattfanden. Auch gegen die Lebensmittelnot, denn in dem Getreideland Rumänien hat es der kapitalistische betriebene Großgrundbesitz verstanden, durch den Verkauf der Vorräte ins Ausland zu Wucherpreisen das eigene Volk von Lebensmitteln zu entblößen und eine künstliche Teuerung herbeizurufen. Ein Stab sozialdemokratischer Redner durchwanderte das Land, überall die Massen an ihre Not und die Aufgabe erinnernd, sich sofort und mit allen Kräften dem Treiben der Kriegsparteien entgegenzustellen. Die Redner betonten, daß die rumänische Sozialdemokratie den Krieg grundsätzlich bekämpfe. Für das rumänische Volk käme es darauf an, Fragen der inneren Politik zu lösen, durchgreifende Reformen zu schaffen. In dieser Richtung zu wirken sei wichtiger, als auf die Trummel irgendwelcher Kriegsheher zu hören, die von einem größeren Rumänien fabeln.

Die erste dieser Kundgebungen fand in Bukarest am 14. Juni statt. Die Versammelten sprachen allerorten die Ansicht aus, daß „die Volksmassen vom Kriege nichts wissen wollen und mit allen zulässigen Mitteln für ihre Auffassung eintreten würden“. Nach Schluß der Veranstaltungen durchzogen große Menschenmassen die Straßen, es kam in Bukarest zu stürmischen Kundgebungen vor den Klubs der Kriegsheher und den kriegsheherischen Zeitungsredaktionen. Den letzteren wurden sämtliche Fenster eingeworfen. Sonst wurde trotz der gewaltigen Erregung die Ordnung von den Massen nirgends gestört. Vierzehn Tage dauerten die Protestkundgebungen der Sozialdemokratie mit wachsender Wucht im ganzen Lande. Da schlugen die Ereignisse von Galatz wie der Blitz in die Volkserregung.

Was in Galatz geschah, ist — wie der „Vorwärts“ schreibt — reinster Klassenmord. Eine Versammlung, die dort am 25. Juni stattfinden sollte, hatten die Behörden verboten. Die dortigen Proletarier, die unter Teuerung und Lebensmittelmangel schwer leiden, erklärten daraufhin den allgemeinen Ausstand. Die Arbeiter der Gasanstalt, der Straßenbahn und einer Großmühle vereinigten sich zu einem stattlichen Demonstrationzug gegen den Militär aufgeboten wurde. Eine Salve streckte 4 Tote und 5 Verwundete zu Boden. Aus der Menge erschollen Rufe: „Mörder! Vorwärts!“ Das Militär schoß wiederholt. Es wird von 9 Toten und 35 Schwerverwundeten berichtet. Sogar auf die fliehende Menge wurde noch geschossen. Der Leutnant Gliad, der die Militärabteilung führte, rühmte sich, eigenhändig zwei Arbeiter niedergeknallt zu haben. Mehr als 100 Verhaftungen wurden vorgenommen. Der Befehl zum Schießen soll vom ersten Staatsanwalt gegeben worden sein. Wie es sich herausstellte, hoffte man auf diese Weise, sich des Genossen Rakowski zu entledigen, den man unter den Demonstranten vermutete.

Die rumänische Sozialdemokratie hat die brutale Niederknallung der friedlichen Kundgebung nicht mit Demut hingenommen. In Bukarest, Ploesti, Braila fand am 29. Juli ein Generalstreik statt. Auch in den übrigen Städten wurden Protestversammlungen veranstaltet. Besonders eindrucksvoll war die Protestkundgebung in Bukarest. Trotz der Gegenmaßnahmen ruhte die Arbeit in fast allen Fabriken, Werkstätten usw. In manchen Fabriken wurden die Arbeiter unter militärischem Zwang zur Arbeit geführt. Bukarest glich an diesem Tage einer von Feinden besetzten Stadt. Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Maschinengewehre standen bereit. Schon in den ersten Morgenstunden zogen unter den Klängen der Internationale Arbeitergruppen mit umflorten roten Fahnen nach dem Versammlungsort. Auf dem Hofe und in den Straßen mußten für die sich mehrende Menge Versammlungen abgehalten werden. Nach den Versammlungen zogen die Demonstranten, denen sich auch viele Bürgerliche anschlossen, durch die Hauptstraßen der Stadt. Rufe wurden laut wie: Nieder mit der Regierung! Nieder mit den Mördern! Krieg dem Kriege! Hoch der Friedel! Noch nie hatte die Hauptstadt eine so gewaltige Demonstration erlebt. Das Auftreten der Arbeiter blieb nicht ohne Wirkung. Der Präsekt des Galatzer Bezirks, der an dem Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Militär mitschuldig sein soll, ist

von seinem Amt zurückgetreten, der Staatsanwalt wurde seines Amtes entsetzt. Die Regierung hat ein Verbot gegen Straßenkundgebungen erlassen, Versammlungen dürfen nur in geschlossenen Räumen stattfinden.

Als Trauerkundgebung für die Opfer der Demonstration vom 25. Juni fand in Galatz am 4. Juli ein allgemeiner Streik statt. 7000 Personen zogen mit Trauerfahnen durch die Stadt nach dem Friedhof, wo Reden gehalten wurden. Unter dem Gesang sozialistischer Lieder ging es dann vor das Haus des Bürgermeisters, wo es zu feindlichen Kundgebungen kam. Zur Aufrechterhaltung der Ordnung waren umfassende militärische Maßnahmen getroffen worden, die sich als überflüssig erwiesen.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die holländischen Genossinnen im Kampf gegen die Teuerung. Mit der Dauer des Weltkriegs ist auch in Holland die Ver-teuerung des Lebensunterhalts immer drückender geworden, die mit dem Ausbruch der blutigen Katastrophe eingeseht hat. Der Krieg zieht Industrie und Handel des Landes stark in Mitleidenenschaft. Wenn manche Erwerbsgruppen reichlicheren Gewinn einstreichen als im Frieden, so gibt es dafür andere, wo Handel und Wandel stöck und die Verdienstmöglichkeit gering ist. Große Schichten des werktätigen Volkes haben unsicheres und geringes Einkommen, ja sind zeitweilig beschäftigungslos. Viele im Lande erzeugte oder eingeführte Lebensmittel gehen nach den Kriegführenden Ländern, wo hoher Profit winkt. Lebensmittelknappheit und Lebensmittelteuerung sind ständige Übel geworden. Man darf ohne Übertreibung sagen, daß alles, was zum Lebensbedarf gehört, um fast 50 Prozent und mehr im Preise gestiegen ist. Alles! Nicht bloß die Lebensmittel: Fleisch, Fische, Speck, Butter, Fett, Gemüse, Kartoffeln, Reis, Tee, Kakao, Gewürze usw. Nein, auch die Brennmaterialien, Wäsche, Kleider und Schuhe, Seife und alles, wessen man in der Haushaltung zum Waschen und Putzen, zum Nähen und Plüden, zur Beleuchtung usw. nicht entraten kann. Trotz der hohen Preise werden viele Bedarfsartikel obendrein schlechter. Das Brot zum Beispiel ist immer minderwertiger geworden. Die Wohnungsmieten fangen an, in die Höhe zu gehen.

Die organisierten sozialistischen Frauen haben der Teuerung, den Schwierigkeiten der Lebensmittelversorgung von Anfang an die größte Aufmerksamkeit zugewendet. In der „Gleichheit“ ist bereits früher ausführlich darüber berichtet worden, wie sie durch eine zähe und planmäßige Agitation die von dem Stand der Dinge hart bedrückten Frauen der Arbeiter, Kleinbürger usw. über die Ursachen ihrer Sorgen und Verzweiflung aufzuklären trachteten, wie sie diesen aber auch Mittel und Wege zeigten, durch die die öffentlichen Gewalten die Not zu lindern vermöchten. Immer haben die Genossinnen dabei stark betont, daß die Frauen zuerst sich selbst helfen müßten, wenn ihnen geholfen werden sollte. Nämlich dadurch, daß sie ihr Elend und ihre Forderungen nicht zu Hause versteckten, vielmehr damit in die Öffentlichkeit träten.

Das Aufklärungswerk der Genossinnen hat Früchte getragen. Die Not wurde unerträglich, als Kartoffeln nicht mehr zu haben waren, die in Holland eine geradezu ausschlaggebende Rolle für die Volksernährung spielen. Die Frauen des arbeitenden Volkes wußten nicht mehr, wo aus und ein. In vielen Städten und Dörfern kamen sie in die Straßen, um ihrem gepreßten Herzen Luft zu machen und von Gemeinde und Staat Abhilfe des drückenden Elends zu verlangen durch Maßnahmen gegen die Teuerung und für eine zweckmäßige Lebensmittelversorgung. Die demonstrierenden Frauen wurden fast überall von den Mitgliedern der sozialdemokratischen Frauenklubs zu den Gemeindebehörden geführt. Denn die Genossinnen hatten sich durch ihre Propaganda das Vertrauen der Frauen erworben, und sie waren natürlich zur Stelle, als es galt, den Forderungen des Tages Ausdruck zu geben. In Amsterdam war die Demonstration besonders bedeutend, und die Frauen-deputation begründete vor dem Bürgermeister klar und entschieden die verlangten nötigen Abhilfemaßregeln. Im Haag, dem Sitze der holländischen Regierung, begaben sich die Wortführerinnen der Frauen zum Minister des Innern, dann ins Ministerium und in die Zweite Kammer, wie auch nach dem Rathaus, um ihre Forderungen vorzutragen. Die Kundgebungen der Frauen haben wirksam die Aktion unterstützt, die die sozialdemokratische Arbeiterpartei in den Gemeinden und im Parlament für die Verbilligung und Sicherung des Lebensunterhalts unternommen hat. Der Straßen-, Haus- und Versammlungsagitation der Genossinnen ist es zu verdanken, daß breite Massen der Frauen in eine zielbewußte Bewegung gekommen sind. Die Genossinnen erachten es als ihre Aufgabe, das Werk fortzusetzen und die Frauen nicht nur zum

Kampf gegen die Teuerung und den Lebensmittelmangel aufzurufen, sondern auch zum Kampf für den Frieden und für den Sozialismus.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen in den ersten fünf Monaten 1916. In der Zeit von Januar bis Ende Mai 1916 ist die Lage des Arbeitsmarktes im allgemeinen die gleiche geblieben, von einigen Schwankungen in den einzelnen Monaten abgesehen. Es kamen nach den Berichten der Arbeitsnachweise auf 100 offene Stellen weibliche Arbeitsuchende: im Januar 163, im Februar 167, im März 155, im April 162 und im Mai 162. Die entsprechenden Zahlen der männlichen Arbeitsuchenden waren 84, 86, 81, 87 und 88. Die männlichen Arbeitsuchenden sind also trotz ihrer kleinen Zunahme dauernd unter der Zahl der offenen Stellen geblieben, die niedrigste Zahl der Arbeitslosen entfiel mit 81 auf den März. Auf 100 männliche Arbeitsuchende kamen im Januar 194 weibliche, im Mai nur noch 184.

Anders gestaltete sich das weibliche Arbeiterangebot in den einzelnen Gewerbegruppen. Am weitest ungunstigsten steht hier die Textilindustrie da, bei der auf 100 offene Stellen im Januar 296, im Februar 481, im März 729, im April 736 weibliche Arbeitsuchende kamen. Diese Zahl ging zwar im Mai auf 630 zurück, aber gegen den Stand vom Januar bedeutet sie noch immer eine Steigerung um 113 Prozent. Verschlechtert hat sich das Verhältnis zwischen brotlosen Arbeiterinnen und offenen Stellen noch im Metallgewerbe, in dem die weiblichen Arbeitsuchenden von 188 im Januar auf 210 im Mai stiegen, im Holzgewerbe, in dem eine Zunahme um 90, nämlich von 223 im Februar auf 313 im Mai zu verzeichnen ist, sowie ein geringfügiges Steigen in drei anderen Berufsgruppen. In allen übrigen Gewerbegebieten kann dagegen ein teilweise beträchtlicher Rückgang der weiblichen Arbeitslosen konstatiert werden, der den größeren Andrang in der Textil-, Metall- und Holzindustrie ausgleicht. — Die Zahl der arbeitssuchenden weiblichen Erwerbstätigen, die auf 100 offene Stellen kam, stellte sich bei den folgenden neun Gruppen also:

	Januar	Mai
Lederindustrie	180	159
Papierindustrie	183	164
Metallindustrie	188	210 +
Holzindustrie (Februar)	223	313 +
Nahrungsmittelindustrie	240	173
Bekleidungsindustrie	246	216
Allgemeine Fabrikarbeit	298	244
Handelsindustrie	354	305
Textilindustrie	296	630

Ein etwas anderes Bild ergibt die Statistik der Gewerkschaften. Es berichteten im Mai 86 Verbände über 667429 männliche und 146347 weibliche Mitglieder. Von den weiblichen Mitgliedern waren am Reichtag 14196 = 9,7 Prozent arbeitslos gegen 11833 = 8,2 Prozent im Januar. Von diesen 14196 weiblichen Arbeitslosen kommen allein auf den Textilarbeiterverband 6467 und 3228 auf den Gut- und Filzwarenarbeiterverband. Die letztere Gewerkschaft hatte verhältnismäßig weitaus die meisten weiblichen Arbeitslosen, nämlich nicht weniger als 61,0 Prozent im Mai gegen 25,2 Prozent am Stichtag im Februar. Es folgen der Textilarbeiterverband mit 18,4 Prozent, die organisierten Porzellanarbeiterinnen mit 17 Prozent, die Lederarbeiterinnen mit 14,6 Prozent, die Glasarbeiterinnen mit 8,1 Prozent, die Buchbindereiarbeiterinnen mit 7,2 Prozent, die Holzarbeiterinnen mit 6,3 Prozent, die Metallarbeiterinnen mit 5,2 Prozent und die weiblichen Mitglieder des Sattlerverbandes mit 4 Prozent Arbeitslosen.

Das Verhältnis zwischen der Zahl der weiblichen Arbeitslosen und der der männlichen ist nach wie vor recht ungünstig für die weiblichen Erwerbstätigen, ja noch erheblich ungünstiger geworden. Der Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten männlichen Arbeitslosen betrug im Januar 1,4 Prozent, der der weiblichen hingegen 8,4 Prozent, er war also ungefähr sechsmal so hoch als der erstere. Im Mai sehen die Verhältniszahlen so aus: 0,9 Prozent organisierten männlichen Arbeitslosen stehen 9,7 Prozent weiblicher erwerbsloser Gewerkschaftsmitglieder gegenüber, das sind fast elfmal soviel.

Im Mai 1916 betrug der Gesamtdurchschnitt der Arbeitslosen in den Gewerkschaften 2,5 Prozent gegen 2,3 Prozent im April 1916 und 2,9 Prozent im Mai 1915. Ein Vergleich nach Landesteilen ergibt, daß 10 solcher eine Zunahme des Andrangs weiblicher Arbeitsloser und 13 eine Abnahme zu verzeichnen haben, während Hannover den gleichen Stand wie im Februar aufweist. Das Königreich Sachsen marschiert mit 223 Angeboten auf 100 offene Stellen im Mai gegen 317 im Februar an der Spitze, während Elsaß-

Lothringen mit 317 im Mai gegen 345 im Februar jetzt die zweite Stelle einnimmt. Am günstigsten stehen Ostpreußen und Posen mit je 112 weiblichen Arbeitsuchenden auf 100 offene Stellen. Die größte Zunahme weiblicher Arbeitsloser zeigt Westpreußen mit 74 Prozent, die größte Abnahme hingegen Lübeck um 35 Prozent. R.

Die Frau in öffentlichen Ämtern.

Lehrerinnen statt Lehrer an den Volksschulen in Preußen als „reine Kriegsmassnahme“. Ein Erlaß des preussischen Kultusministers an die Provinzialschulkollegien empfiehlt und regelt den Ersatz der Volksschullehrer durch Lehrerinnen. An reinen Mädchenschulen sollen etwa zwei Drittel der Stellen mit Lehrerinnen besetzt, an gemischten Volksschulen ein bis drei Lehrerinnen berufen werden, je nach der Zahl der Stellen; an reinen Knabenschulen können Lehrerinnen an den Platz von Lehrern treten. Die regelnden Grundsätze muten sonderbar an. Sie ordnen die Frage nach einem bürokratischen Schema, das obendrein offenbar noch im Wanne des Vorurteils steht, das verwehrt, Frauen den Unterricht von Knaben anzuvertrauen. Für die Regelung der Frage dürfte unserer Ansicht nach nur zweierlei maßgebend sein. Der Bedarf an Lehrkräften und die persönliche Eignung für den Lehrberuf, die ganz individuell, nicht an das Geschlecht gebunden ist. In dem Erlaß sind die Gründe nicht angegeben, die zu der Regelung geführt haben. Der Dezernent für das Volksschulwesen in Preußen, Wirklicher Geheimrat Dr. v. Bremen, hat darüber einem Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ (Nr. 892) die folgenden Mitteilungen gemacht:

„Der Erlaß des Ministers ist eine reine Kriegsmassnahme, nicht etwa eine grundsätzliche Schwankung der Schulpolitik in Preußen zugunsten der Lehrer und zugunsten der Lehrerinnen. Im Gegenteil, meines Dafürhaltens zwingen die Erfahrungen, die wir gemacht haben, sogar dazu, künftig den Zudrang der Frauen zum Lehrberuf einzudämmen, vorausgesetzt, daß sich nach dem Kriege nicht, etwa unter dem Einfluß wirtschaftlicher Verhältnisse, die Zahl der männlichen Anwärter für den Lehrberuf wesentlich vermindert. Für die Frauen und Mädchen wird und muß sich, das hat sich in den letzten Jahren und Monaten deutlich gezeigt, Ersatz in der sozialen Betätigung, in der Haus-, Armen- und Säuglingsfürsorge ufm., finden. In diesem Augenblick aber bleibt der Schulverwaltung gar nichts anderes übrig, als in höherem Maße wie bisher auf die weiblichen Kräfte zurückzugreifen. Die Zahl der preussischen Lehrer, die im Felde stehen, beziffern wir auf 40 000 bis 50 000, die Zahl der bereits gefallenen auf rund 4000. Andererseits hatten wir bei Kriegsbeginn rund 11 000 überzählige Lehrerinnen, die wir nun herangezogen haben und die treu und mit Erfolg die Aufgaben der Schule während des Krieges lösen helfen, soweit nicht die Vertretung innerhalb der Schulen, von Klasse zu Klasse, oder auch von Nachbarschule zu Nachbarschule möglich war. Diese Hilfskräfte können aber natürlich nicht unmittelbar nach dem Kriege wieder auf die Straße gesetzt werden, ganz abgesehen davon, daß die Lücken, die der Krieg gerissen hat, doch ausgefüllt werden müssen und auch der Nachwuchs stark in Mitleidenschaft gezogen sein dürfte. Die Seminare stehen leer, die Seminarlehrer sind ebenfalls im Kriege, die Zahl der Auszubildenden, die wir haben einrichten können, war infolgedessen nur beschränkt, und der Lehrersatz, den wir aus diesen Kursen erhalten werden, wird in sechs Jahren vielleicht ein Zehntel der verwaisten Stellen auszufüllen imstande sein. Die stärkere Heranziehung der weiblichen Lehrkräfte, die sich namentlich in den unteren Klassen durchaus bewährt haben, war nach alledem eine selbstverständliche Notwendigkeit; der Erlaß regelt nur die technische Durchführung dieser notwendigen Massnahme.“

Die Lehrerinnen, alle vorwärtstrebenden Frauen können es Herrn Dr. v. Bremen Dank wissen, daß er offen ausspricht, was ist. Nämlich die Anstellung von Lehrerinnen an Volksschulen als vorübergehende, vom Krieg erzwungene Notwendigkeit, nicht als „grundsätzliche Schwankung der Schulpolitik in Preußen“. In Aussicht die Eindämmung des Zudrangs der Frauen zum Lehrberuf, klarer gesagt: die Erschwerung der Zulassung zum Lehrberuf für die Frauen. Die geäußerte Auffassung scheint uns recht charakteristisch für die „Neuorientierung“, die hoffnungsvolle Frauenrechtlerinnen für ihre Forderungen nach Friedensschluß erharren.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Metz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.